



# Dresdener Erklärung zur psychiatrischen Zwangsbehandlung

**Dresden, 7. Juni 2007**

Das Europäische Netzwerk von Psychiatriebetroffenen (mit dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, seinem deutschen Mitglied), der Weltverband von Psychiatriebetroffenen und MindFreedom International erklären hiermit ihre gemeinsame Position zu psychiatrischer Zwangsbehandlung. Anlass ist die Konferenz "Coercive Treatment in Psychiatry: A Comprehensive Review" ("*Psychiatrische Zwangsbehandlung – Ein Überblick*"), veranstaltet von der World Psychiatric Association (WPA) vom 6.–8. Juni 2007 in Dresden.

Die Mitglieder unserer Organisationen sind in einer einzigartigen Position, um über dieses Thema zu sprechen. Wir haben die Zwangspsychiatrie erlebt und wissen um die Schäden, die sie in unserem Leben und dem unserer KollegInnen und FreundInnen angerichtet hat. Repräsentanten unserer Organisationen aus diversen Ländern nehmen an der WPA-Konferenz teil und zeigen, was Zwangsbehandlung für den einzelnen Menschen bedeutet. Wir sind überzeugt, dass Menschen, die psychiatrisch zwangsbehandelt wurden, einen moralischen Anspruch haben, definitive Aussagen zu Zwang machen zu können. Gemeinsam fordern wir ein Ende aller psychiatrischen Zwangsmaßnahmen und die Entwicklung von Alternativen zur Psychiatrie.

Wir weisen besonders auf die kürzlich von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete „UN-Konvention für Menschen mit Behinderung“ hin, die unter Beteiligung von psychiatriebetroffenen Menschenrechts-AktivistInnen entwickelt wurde. Wir sind der festen Überzeugung, dass alle Menschen und ihre gewählten VertreterInnen diese Konvention ohne jede Einschränkung ratifizieren sollten und damit bekräftigen, dass alle Menschen gleich behandelt werden müssen und niemandem die Freiheit aufgrund einer Zuschreibung von Behinderung, Krankheit oder Störung verweigert werden darf. Da die Konvention das Recht auf freie und informierte Zustimmung ohne jegliche auf Behinderung basierende Diskriminierung anerkennt, haben wir das Recht, psychiatrische Maßnahmen abzulehnen. Noch wesentlicher ist, dass die Konvention Menschen mit Behinderungen – wie allen anderen auch – die Rechtsfähigkeit garantiert, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen; zudem verpflichtet sie Regierungen, zwangsfreie

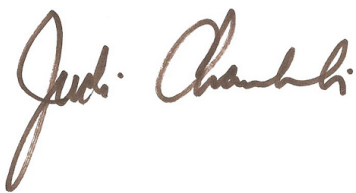
Unterstützungssysteme für Personen zu entwickeln, die Hilfe bei der Entscheidungsfindung benötigen.

Wir stellen fest: Die Weltgesundheitsorganisation hat erklärt, dass sie die Verabreichung von Elektroschocks (auch Elektrokrampftherapie genannt) ohne Einwilligung ablehnt. Elektroschock ohne Zustimmung nimmt international zu, speziell in armen oder Entwicklungsländern, dort auch ohne Anästhesie. Insbesondere deshalb fordern wir in allen Ländern die Abschaffung von Elektroschock ohne Zustimmung.

Die WHO und die Europäische Kommission haben auch die Notwendigkeit der Entwicklung neuer, nicht stigmatisierender Ansätze der Hilfe und Selbsthilfe für Menschen in emotionaler Not festgestellt. Organisationen von Psychiatriebetroffenen haben eine Vorreiterrolle eingenommen bei der Entwicklung von Selbsthilfeprogrammen, die auf Gleichheit und Wahlfreiheit beruhen anstatt auf Zwang, und helfen dabei, integriert in der Gemeinschaft zu leben. Wir wissen, dass Heilung nur stattfinden kann, wenn Menschen als Menschen mit freiem Willen respektiert werden und wenn es Alternativen jenseits der Psychiatrie gibt – Alternativen, die auf ethischen Ansätzen basieren, die die ganze Person sehen und Recovery (Heilung) unterstützen, wogegen Zwang Recovery unmöglich macht.

Wir stellen fest, dass in vielen Ländern psychiatrische Zwangsmaßnahmen zunehmen, ebenso gerichtlich angeordnete Behandlungen, die in ihren eigenen Wohnungen lebende Menschen verpflichten, psychiatrische Psychopharmaka entweder gegen ihren Willen einzunehmen oder auf ihre Freiheit zu verzichten. Diese Praxis ist eine Verletzung unserer Menschenrechte, die in der UN-Konvention festgeschrieben sind.

Wir laden alle UnterstützerInnen von Menschenrechten ein, gemeinsam mit uns auf einer Welt frei von psychiatrischen Zwangsmaßnahmen zu bestehen. Und wir fordern die angemessene Finanzierung und Unterstützung für Selbsthilfe-Einrichtungen und für Alternativen zur Psychiatrie, die unsere Menschenwürde respektieren.



(Judi Chamberlin)



(Peter Lehmann)

Im Namen von

- ◆ Europäisches Netzwerk von Psychiatriebetroffenen (ENUSP), Zabel-Krüger-Damm 183, 13469 Berlin, [www.wnusp.org](http://www.wnusp.org)
- ◆ Weltverband von Psychiatriebetroffenen (WNUSP), Klingenberg 15, 2. th, 5000 Odense C, Dänemark, [www.wnusp.net](http://www.wnusp.net)
- ◆ Mind Freedom International (MFI), 454 Willamette, Suite 216 – POB 11284, Eugene, OR 97440-3484, USA, [www.mindfreedom.org](http://www.mindfreedom.org)
- ◆ Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e. V., Wittener Str. 87, 44789 Bochum, [www.bpe-online.de](http://www.bpe-online.de)